

„Glückliche Insel im Meer aus Elend“

Europa muss als reichste Region der Welt globale Verantwortung übernehmen und seine Versprechen einhalten, fordert Andris Piebalgs. Die TT sprach mit dem EU-Entwicklungshilfekommissar in Alpbach.

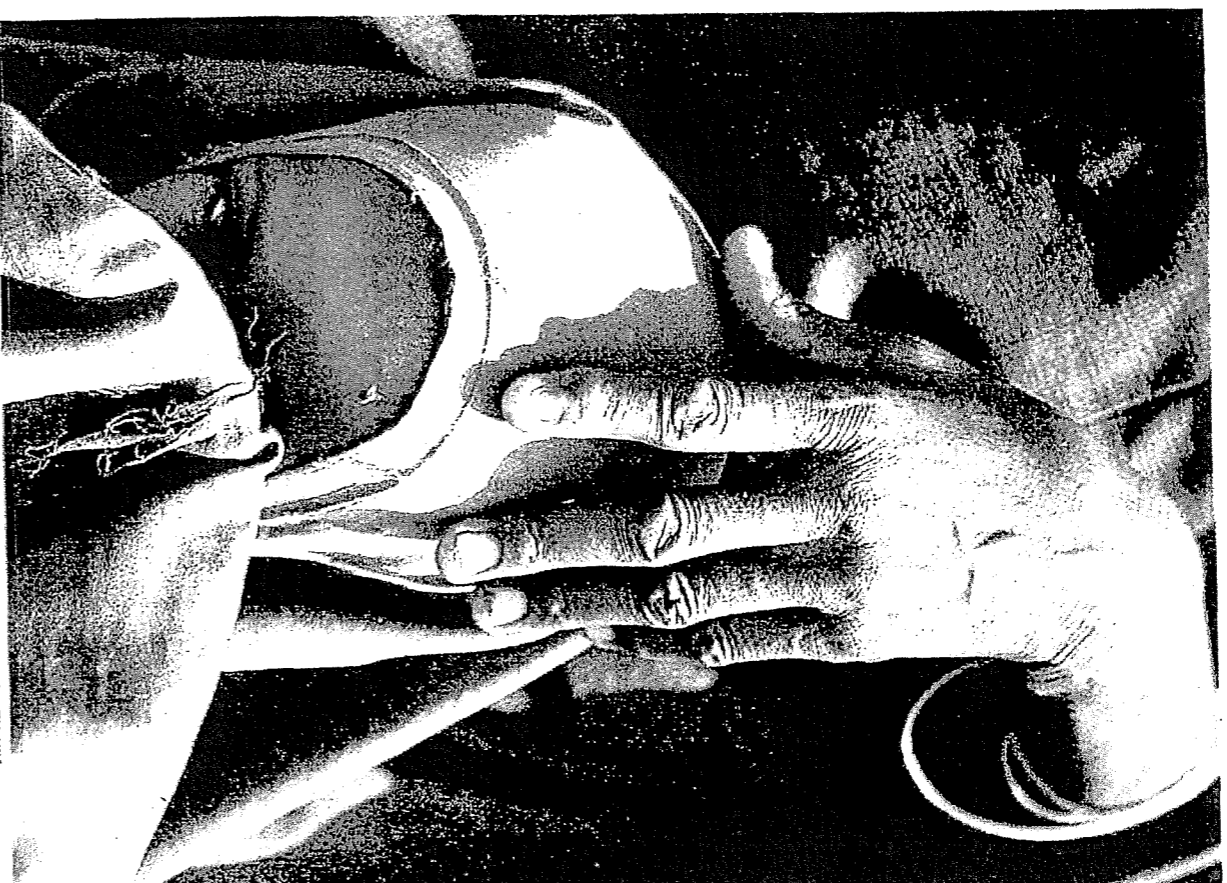


Foto: EPA/De Haas

Länder ihre Hilfe erhöht haben – etwa Schweden, Dänemark, Luxemburg und Großbritannien. Aber die Lage ist fragil und es ist wichtig, dass die Länder Druck aufeinander ausüben, ihre Zusagen einzuhalten. **Dann müssen sie auch Druck auf Wien ausüben. Österreich ist eines der reichsten Länder selbst innerhalb der EU, aber weit entfernt davon, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe auszugeben...**

Piebalgs: Genau. Die Dynamik stimmt nicht. Die österreichische Regierung hat das 0,7-Prozent-Ziel sehr stark unterstützt. Österreich unterstützt auch die „Agenda for Change“ und nachahmliche Investitionen. Das bräuchte auch mehr Sichtbarkeit für Österreich, weil ja nicht EU-Gelder fehlen, sondern nationale Programme. Österreich könnte sehr wertvolle Beiträge leisten – beispielsweise für nachhaltige Energie in Afrika. Das würde einen großen Unterschied für viele arme Menschen machen.

Wir üben also Druck von Seiten der Kommission aus, aber am wichtigsten ist es, dass die Menschen im Land ebenfalls Druck ausüben, wenn es zu Budgetdebatten kommt, um sicherzustellen, dass Entwicklungsfragen nicht zurückgestellt werden.

Insgesamt gibt es bei der EU-Entwicklungshilfe nach wie vor eine tiefe Kluft zwischen der Rhetorik und den Ressourcen, die tatsächlich eingesetzt werden...

Piebalgs: Das ist unterschiedlich von Land zu Land. Aber wenn wir uns in einer Sache einig sind, dann sollten wir handeln. Das 0,7-Prozent-Ziel wurde von allen EU-Staaten vereinbart. Und es ist unfair, dass einige das Versprechen einhalten und andere darauf vergessen. Wir haben eine Erwartung geschaffen – gegenüber unseren Partnern und unseren Bürgern. Wir sollten realistisch sein, was wir versprechen können, aber wenn wir etwas versprochen haben, dann sollten wir glaubwürdig sein. Wir zahlen gerade Leihgeld angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise. Aber ich glaube, dass wir stärker und realistischer daraus hervorgehen.

Das Gespräch führte Floo Weiffmann

Im Internet: Das vollständige Interview auf www.ft.com

Steckbrief

Andris Piebalgs arbeitet seit Februar 2010 als EU-Kommissar für Entwicklungshilfe. In der vorigen Kommission war er für Energie zuständig. Der gebürtige Lette, geboren 1957 in Valmiera, ist studierter Physiker und hat als Leiter gearbeitet. Später wurde er Mitbegründer einer liberal-konservativen Partei sowie Abgeordneter, Bildungs- und Finanzminister und Chiefverhandler mit der EU.

dem die der EU“. Das bedeutet, dass es für ein autoritäres Regime manchmal besser ist, keine Hilfe zu erhalten, um die eigene Politik zu rechtfertigen. Zweitens beobachten wir die Situation in einem Land sehr genau. Wenn es eine Verletzung der Menschenrechte gibt, stoppen wir die direkten Zuschüsse an die Regierung. Manchmal wenden wir dafür kritisiert, dass wir bei den ersten Anzeichen nicht sofort reagieren. Aber das ist nicht so leicht. Man braucht eine gute Analyse der Situation und dann einen Dialog mit der betreffenden Regierung.

Harde arabische Revolution etwas daran verändern, wie Sie Hilfe verteilen?

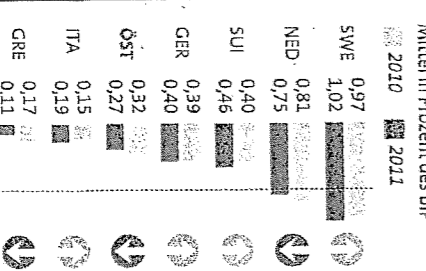
Piebalgs: Wir sind für diese Länder auf zweierlei Weise aktiv geworden: erstens durch Unterstützung für Demokratie und Menschenrechte. Wir sollten nicht nur versuchen, die Stabilität zu erhalten. Wir haben sogar eine Stiftung für die Unterstützung der Demokratie gegründet. Zweitens ermutigen wir diese Länder mit dem Konzept „mehr für mehr“: Je mehr Reformen es gibt, desto mehr Unterstützung gibt es – und umgekehrt.

Es ist auch wichtig, zwei technische Fragen anzusprechen: die Geschwindigkeit, mit der wir helfen, und die Sichtbarkeit unserer Hilfe. Unsere gesamten Zuschüsse an die Regierungen sollten in den Budgets der Länder aufscheinen. Und wenn unsere Partner ihre Aufgaben erfüllen, sollen wir die Hilfe auch zum zugesagten Termin liefern.

Wenn die europäische Hilfe an bestimmte Standards gebunden ist, ist sie dann ein Machtinstrument?

Piebalgs: Ich würde den Ländern nicht sagen, dass wir ihnen Geld geben, wenn sie sich gut benehmen. Am Ende führt das zu Feindseligkeit – Empressung ist niemals ein gutes Instrument. Es ist besser, nicht zu helfen, als mit der Hilfe ein Spiel zu spielen.

Wir benutzen die Regierungen manchmal als Mittler für den Transfer unserer Unterstützung für die Menschen.



Quelle: UN/ODA
Quelle: APA
0,7 UNO-Ziel

Große Versprechen, kleine Taten

Alpbach. Wien – Bei der Entwicklungshilfe klappt Theorie und Praxis oft weit auseinander. Bericht im Jahr 1970 haben die Vereinten Nationen das Ziel formuliert, dass die Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Entwicklungshilfe ausgeben. Diverse EU-Gipfel – zuletzt jener im heurigen Juni – haben dieses Ziel für Europa bekräftigt. Trotzdem liegen ein unterhalb des Ziels, darunter neben den Krisenländern wie Griechenland auch das wohlhabende Österreich.

In Österreich ist die Entwicklungshilfe im Vergleich zu einem niedrigen Niveau weiter gesunken – von 0,32 Prozent auf 0,27 Prozent des BIP (siehe Grafik). EU-Entwick-

lungshilfekommissar Andris Piebalgs kritisierte das vorige Woche am Rande der politischen Gespräche in Alpbach.

Wenn wir nur un-tätig herumsitzen, werden die Probleme in der Welt früher oder später auch unsere Bürger betreffen.

Andris Piebalgs (EU-Kommissar für Entwicklungshilfe)

(siehe Interview). Auch heimische Nichtregierungsorganisationen (NGO) fordern vom zuständigen Außenminister Michael Spindelegger eine Trendwende. Weitere Einsparungen würden, das Ende der Entwicklungspolitik in Österreich“ bedeuten, erklärte Ruth Pickar, Geschäftsführerin des

NGO-Dachverbands „AG Globale Verantwortung“, vorige Woche. Eines der reichsten Länder der Welt werde „seinen humanitären Verpflichtungen nicht mehr gerecht“.

Thorz der Säumnigkeit einzelner Staaten war Europa mit fast 54 Mrd. Euro im Jahr 2010 der weltgrößte Geldgeber für Entwicklung. Wie Piebalgs der TT sagte, handelt es sich beim Großteil des Geldes – etwa 82 Prozent – um bilaterale Hilfen der einzelnen Mitglieder. Jedes Land habe dabei seine eigenen Prioritäten, die üblicherweise mit der Geschichte der Hilfe sind gemeinschaftlich zu tun haben. 18 Prozent der Hilfe sind gemeinschaftlich und werden von der EU-Kommission verwaltet. „Insgesamt arbeiten wir global und decken beinahe alles ab“, sagt Piebalgs. (Ilo, APA)



Andris Piebalgs bei einem Gespräch in Alpbach. Foto: APA/Prasad

Und wenn wir der Regierung nicht trauen, sollten wir nicht die Menschen bestrafen.

Wie entwickelt sich der Umfang der EU-Hilfe?

Piebalgs: Wir haben in unserem Budgetentwurf für die nächste Periode eine Erhöhung von etwa zehn Prozent vorgesehen, und ich hoffe, dass wir bis Ende dieses Jahres wissen, wie viel wir auf EU-Ebene für Entwicklungshilfe ausgeben. Wir müssen glaubwürdig

sein. Es ist weniger wichtig, ob wir Hilfe bilateral oder über die EU verteilen. Wichtiger ist, dass unsere Ausgaben für Hilfe 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Zugleich gibt es einen Mehrwert, wenn wir Hilfe über die EU bereitstellen, weil es sich wirklich um europäische Hilfe handelt, es dafür ein schlüssiges Konzept gibt und die mehrjährige Planung zu besserer Vorhersagbarkeit führt. Man kann die Ergebnis-

se leicht messen und wir können besser auf globale Krisen reagieren.

Kann und soll die Europäische Union globale Krisen in Angriff nehmen?

Piebalgs: Wir sind bei Weitem der reichste Teil der Welt. Ich glaube, dass es die Verantwortung der EU ist, globale Führung zu zeigen im Kampf gegen Armut und Klimawandel und für Nachhaltigkeit. Wenn wir nur untätig herumstehen, werden diese Probleme früher oder später auch unsere Bürger betreffen. Wir können keine glückliche Insel in einem Meer des Elends sein. Und deswegen brauchen wir Geld. **Darzeit steht Europa aber vor eigenen Problemen. Befürchten Sie, dass die Krise zuzunehmen Länder veranlassen kann, ihren Einsatz im Ausland zurückzuschrauben?**

Piebalgs: Ja, das Gesamtstut-Bisher hat es die Gesamtstut-tion gehindert, dass einige EU-